

Weniger Urlaub für mehr Aufschwung?

Wirtschaftsverband: „Vier Wochen reichen völlig aus“ - Gewerkschaften und Politiker kritisieren Pläne

Berlin. Der Unternehmerverband mittelständische Wirtschaft fordert, den Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern um zwei Wochen zu kürzen. „Wir sind das Land mit der meisten Freizeit, es gibt Urlaubstage, Feiertage, Krankheitstage und auch Tage für Mutter-Kind-Kuren“, sagte Vorstandsvorsitzende Ursula Frerichs. Sechs Wochen Urlaub seien zuviel, vier Wochen reichten völlig aus: „Mit unserer Forderung können wir dem Aufschwung entgegen arbeiten.“

„Viele Unternehmen haben durch die Krise am Existenzminimum gestanden, jetzt aber sind die Auftragsbücher wieder voll“, sagte Frerichs weiter. Es sei daher nicht förderlich, wenn Arbeitnehmer nun über eine längere Zeit in Urlaub gingen.

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) befürwortete Frerichs Pläne. Eine zeitweise Absenkung des Urlaubsanspruchs auf fünf Wochen sei auch wegen des akuten Fachkräftemangels erforderlich, sagte BVMW-Präsident Mario Ohoven der „Bild“.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) weist die Forderungen zurück: „Die gesetzliche Regelung von vier Wochen Urlaubsanspruch pro Jahr haben die Arbeitnehmer in den zurückliegenden Jahrzehnten auf mittlerweile sechs Wochen teilweise in langen Tarifauseinandersetzungen erkämpft“, sagte Vorstandsmitglied Claus Matecki. Ver.di reagierte auf die Pläne des Wirtschaftsverbands ebenfalls mit Ablehnung.

Kritik kam auch vonseiten der Politik. „Eine Kürzung des Urlaubsanspruchs von Arbeitnehmern wäre wirtschaftlich kontraproduktiv“, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marlene Mortler. Diese Reduzierung würde zu massiven Umsatzrückgängen in der deutschen Tourismuswirtschaft führen.

Ähnlich sehen es auch die Grünen. „Mit solchen Vorschlägen wird die Angst der Beschäftigten vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ausgenutzt, um die Lohnkosten weiter zu senken“, sagte die Sprecherin für Arbeitnehmerrechte, Beate Müller-Gemmeke. Der Druck auf die Beschäftigten sei hoch, deswegen sei ein ausreichender Urlaubsanspruch eine Notwendigkeit, fügte die Grünen-Politikerin hinzu. - apn